

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 0082
24.01.2006

Keine Entwarnung beim Waldzustand: Stickstoffemissionen vermindern und Waldumbau vorantreiben

Zur heutigen Vorstellung des Waldzustandsberichts 2005 erklärt **Cornelia Behm**, Sprecherin für Waldpolitik:

Beim Waldzustand kann immer noch keine Entwarnung gegeben werden. Das zeigen der Waldzustandsbericht der Bundesregierung und die Waldzustandsberichte der Länder. Besonders beunruhigend ist, dass sich die Situation angesichts des Klimawandels auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten kaum verbessern wird. Im Gegenteil. Denn die bestehenden Wälder werden sich nicht überall problemlos auf die veränderten Klimabedingungen einstellen können.

Waldumbau führt zu höherer Vitalität der Wälder im Vergleich zu den Altersklassenwäldern einer einzelnen Nadelbaumart. Das heißt: Verstärkte Bemühungen beim Waldumbau hin zu naturnahen Wäldern sind nötig. Monokulturen müssen zu Mischkulturen umgebaut werden, die sich natürlich verjüngen können. Um beim naturnahen Waldumbau schneller voranzukommen als bisher, muss die Bundesregierung die Waldbauförderung noch deutlicher auf den Waldumbau ausrichten. In das Bundeswaldgesetz muss sie Grundsätze für eine nachhaltige und ordnungsgemäße Waldwirtschaft einführen. Derzeit ist dort noch nicht festgelegt, was unter einer nachhaltigen und ordnungsgemäßen Waldwirtschaft zu verstehen ist. Eine Novelle des Bundesjagdgesetzes muss endlich waldverträgliche Wilddichten gewährleisten, damit Naturverjüngung im deutschen Wald künftig wieder eine Chance bekommt. Wir fordern die große Koalition auf, die in der letzten Legislaturperiode vorbereitete Novellierung beider Gesetze weiterzuverfolgen und sie dem Wald zuliebe zeitnah zu verabschieden.

Es muss zukünftig wieder möglich werden, Investitionen in den Waldumbau stärker aus Erträgen der Waldbesitzer zu finanzieren. Dazu müssen die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Kommunen mehr tun als bisher, um die Charta für Holz umzusetzen und das Charta-Ziel zu erreichen, die Nutzung des heimischen Holzes bis 2015 um 20 Prozent zu erhöhen. Wir erwarten, dass die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion übernimmt und dem Rohstoff Holz aus heimischer Produktion bei Bau und Beschaffung wieder eine größere Bedeutung eingeräumt wird.

Neben dem Waldumbau darf die Bundesregierung auch die Verminderung von Emissionen nicht aus dem Blick verlieren. Die Fachleute sind sich einig darüber, dass vor allem die Stickstoffemissionen weiter vermindert werden müssen, um Waldschäden verhindern zu können. Hier ist vor allem die Verkehrspolitik gefragt. Aber stattdessen betreibt die große Koalition mit ihren verkehrspolitischen Vorhaben die Verlagerung von Verkehr vom öffentlichen Personennahverkehr auf die Straße. Schließlich will sie die Straßenbaumittel erhöhen, während sie die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV kürzt und eigentlich für den Schienenausbau vorgesehene Mittel für den Straßenbau umwidmet.

Gefragt ist bei der Verminderung der Stickstoffemissionen, aber auch die Landwirtschaft. Wir gehen davon aus, dass das Thema Stickstoffüberschüsse in der Landwirtschaft mit der neuen Düngeverordnung noch nicht erledigt ist. Eine erneute Novellierung der Düngeverordnung wird daher voraussichtlich in einigen Jahren wieder auf die Tagesordnung müssen, um die Ammoniak- und Lachgasemissionen aus der Landwirtschaft hinreichend weiter zu vermindern.